Mitteilungen

des Syndikus des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens

Erscheinen nach Bedarf

Nr. 6	12. Mai 1920	Jahrg. II

Inhalt:

1. Der Einfluß des Judentums auf die Presse.

Eine Klarstellung.

In der „Berlin-Tempelhofer Zeitung" wurde ein Aufsatz veröffentlicht, der den Centralverein zu folgender Antwort veranlaßte:

„Der Ausschuß für Volksaufklärung" hat sich in dem an dieser Stelle am Montag, den 19. April 1920 veröffentlichten Artikel bemüht, zur Erlangung der ausgesetzten Belohnung von 10 000 Mark den Nachweis zu erbringen, daß 95% der deutschen Presse in jüdischen Händen sei. Gegenüber den Behauptungen des Ausschusses stellen wir folgende Tatsachen fest:

1. Von den nach dem Handbuch deutscher Zeitungen (1917) verlegten 2938 Zeitungen sind der politischen Parteirichtung nach 214 konservativ, 61 freikonservativ, 214 national, 216 nationalliberal, 400 gehören zum Zentrum, 277 sind volksparteilich, 79 sozialdemokratisch, 23 polnisch, 4 dänisch, 1450 parteilos. Von 19 Zeitungen mit einer Auflage über 100 000 gehören an Auflagezahl 595 000 den Rechtsnationalen, 274 000 dem Zentrum, 1 110 000 der fortschrittlichen Volkspartei an. Der Nationalliberale Stadtanzeiger zur „Kölnischen Zeitung" zählt 120 000. Schon aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, daß nicht nur mehr als 5% (!) — wie der „Ausschuß für Volksaufklärung" es wahr haben will, sondern mehr als die Hälfte der Presse eine Richtung einnimmt, die man selbst bei noch so geringem politischen Verständnis nicht als judenfreundlich bezeichnen kann. Und was den Rest, die sogenannte linksstehende Presse angeht, so wird sie von einer überwiegenden Anzahl christlicher Redakteure und christlicher Verleger herausgegeben, die ihre demokratische oder sozialdemokratische Politik in ihren Blättern verfolgen. Wagt es der „Ausschuß für Volksaufklärung" etwa, alle diese als ehrlose Subjekte zu kennzeichnen, die für „Judengeld" ihre eigene Meinung verkaufen?

2. Daß Rudolf Mosse den Anzeigenteil vieler Zeitungen gepachtet hat, beweist nichts. Will der „Ausschuß für Volksaufklärung" etwa den Beweis erbringen, daß das „Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern" (Auflage über 80 000) oder das „Vereinsblatt des Badischen Bauernvereins in Karlsruhe", (Aufage über 55 000), „Die Fliegenden Blätter", der „Kladdaradatsch", die „Meggendorfer Blätter", die sich wiederholt antisemitisch betätigt haben, ja, auch die „Berlin-Tempelhofer Zeitung", alles Organe, deren Inseratenteil Mosse gepachtet hat, irgendwelche Rücksicht auf die Parteirichtung ihres Pächters nehmen?

Gibt es neben Mosse nicht auch sehr leistungsfähige christliche Inseratenfirmen, wie Daube & Co., Invalidendank, Ala usw.?

3. Sind nicht neben der „Deutschen Zeitung", der „Deutschen Tageszeitung", der „Kreuzzeitung", der „Täglichen Rundschau", der „Post", dem „Lokal-Anzeiger", dem „Tag", der „Berliner Abendzeitung", dem „Reichsboten", der „Kölnischen Zeitung", dem „Berliner Blatt" (Ableger der „Deutschen Tageszeitung" Auflage gegen 60 000) die überaus leistungsfähige Vorortpresse, vor allem aber die Provinz und Lokalzeitungen fast ausschließlich in christlichen Händen? Hat nicht z. B. die deutschnationale Partei eine erhebliche Anzahl von Zeitungen in Pommern, Schlesien usw. aufgekauft, hat Stinnes nicht durch Ankauf bedeutender Firmen sich den Papierbezug für die Schwerindustrie in einem Maße gesichert, daß das Bestehen vieler kleiner Zeitungen gefährdet ist? Sind die vielen katholischen Sonntagsblätter — der Paderborner „Leo", der erst unlängst antisemitische Artikel veröffentlichte, hat eine Auflage von über 100 000 — und die vielen protestantischen Sonntagsblätter etwa in jüdischen Händen?

In Bayern ist keine einzige politische Tageszeitung in jüdischen Händen.

4. Weder der „Vorwärts" noch die „Freiheit" sind in jüdischem Besitz. Vielleicht nimmt der „Ausschuß für Volksaufklärung" die arischen Gesellschaften und Genossenschaften wie „Vorwärts" und „Freiheit" unter seine Lupe. Eine längst widerlegte Unwahrheit aber ist es, Liebknecht, Kautsky, Ballod usw. als Juden zu bezeichnen.

Karl Liebknecht war rein christlichen Geblüts — er vermochte sogar väterlicherseits einen Nachkommen Luthers als Ahnen zu verzeichnen — ebenso entstammte seine Mutter einer urchristlichen Familie. Kautsky gehört einer Prager deutsch-katholischen Familie an und ist im Kloster erzogen worden. Professor Ballod ist Christ und Lette. Zur Beruhigung zweifelnder Gemüter sei versichert, daß auch der Redakteur des „Lokal-Anzeigers" von Kupffer, trotz der Befürchtung des „Ausschusses für Volksaufklärung" sowie der Redakteur der „Deutschen Tageszeitung" Hugo Kubsch, keineswegs Rassejude sondern Christen sind.

5. Der angebliche Ausspruch des (fingierten) Dr. Moritz Cohn, den der „Ausschuß" zitiert, ist dem Kapitel „Auf dem Judenkirchhof in Prag" des Romans „Biarritz", der um das Jahr 1870 von dem ehemaligen „Kreuzzeitung"-Mitarbeiter Goedsche verfaßt wurde, entnommen; der „Ausschuß" gibt also „Romane" zum besten. Walter Rathenau, dem sowohl der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg, wie der Kriegsminister Wild von Hohenborn und sein Stellvertreter, Generalleutnant von Wandel, in den ehrenvollsten Anerkennungsschreiben sein patriotisches Verhalten bestätigt haben, hat bei dem angegebenen, aus dem Zusammenhang gerissenen, Ausspruch nicht im Entferntesten an die Juden gedacht.

Das „schwerindustrielle" Kapital komme gegen das Bankenkapital nicht auf, behauptet der „Ausschuß"; dazu folgendes: unter den 10 reichsten Leuten der Welt z. B. I. D. Rockefeller, Carnegie, William Rockefeller, I. O. Armour, Henry Ford, Vanderbild, befindet sich in diesem Sinne kein Jude, ebenso wenig, wie die millionenschweren deutschen Industrie-Magnaten, die schlesischen Kohlengrubenbesitzer, und die ostelbischen Großgrundbesitzer, als kleine Beispiele die Namen: Krupp, Thyssen, Stinnes, Ehrhardt, Körting, Kirdorf, Fürst von Fürstenberg, Graf Henkel von Donnersmarck, D. von Podbielski, von Oldenburg-Januschau, jüdischer Abstammung sind; und die „Deutsche Tageszeitung", welcher der Kampf gegen die Juden das tägliche Brot ist, ist eine reinrassige christliche Aktiengesellschaft und hat nach 260 970 Mark Abschreibungen noch mit einem Reingewinn von 925 205 Mark abgeschlossen und will auf das jetzt bis auf 85 061 Mark vollbezahlte Kapital von 1,36 Millionen Mark 12% Dividende verteilen. Der Gewinn ist also ebenso groß wie das Kapital; der Antisemitismus danach ein glänzendes Geschäft, so daß erst kürzlich der Radauantisemit Dr. Heinrich Pudor vor der „Verjudung des deutschen Antisemitismus" warnte.

Wollten wir alle die schiefen oder unwahren Behauptungen des „Ausschusses für Volksaufkälrung" gründlich widerlegen, so würde diese Zeitungsnummer nicht genügen. Wir beschreiten daher einen andern Weg. Wir fordern den „Ausschuß für Volksaufklärung" hiermit auf, die von uns öffentlich ausgelobten 10 000 Mark für den Nachweis, daß 95% der deutschen Presse in jüdischen Händen sei, einzuklagen. Wir erklären hiermit öffentlich seine Beweisführung als gänzlich ungenügend, da sie in keiner Weise die unwahre Behauptung des „Ausschusses für Volksaufklärung" rechtfertigt.

Reicht der „Ausschuß für Volksaufklärung" nicht innerhalb der nächsten 14 Tage nach Abdruck dieses Artikels die Klage gegen uns ein, so steht es für uns und alle rechtlich Denkenden fest, daß der „Ausschuß für Volksaufklärung" damit die Unwahrheit seiner Behauptungen und Beweise selbst eingesteht.

Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.

2. „Die jüdische Frage".

(Ein Zentrumsorgan über den Antisemitismus.)

Die Kölner „Rheinische Volkswacht", das offizielle Organ der Zentrumspartei und amtliches Kreisblatt für den Landkreis Köln, bringt in seiner Nummer vom 30. April folgenden bedeutsamen Artikel:

Die jüdische Frage.

„Aus katholischen Akademikerkreisen erhalten wir über das vorgenannte Thema die nachstehenden Ausführungen, denen wir wegen ihrer Zeitgemäßheit und Sachlichkeit gern Raum geben. D. R.

Heute gibt es in Deutschland wieder eine Judenfrage. Aus welchen Zusammenhängen sie erwachsen, das kann hier nicht im einzelnen aufgehellt werden. Handelt es sich doch um einen sehr verwickelten Komplex von Ursache und Wirkung, dessen zuverlässige Entwirrung selbst dem Geschichtsschreiber in ruhigeren Zeiten mehr wie gewöhnliche Aufgaben stellen wird.

In die politische Atmosphäre wurde diese Frage noch während des Krieges hineingerückt, als im preußischen Herrenhaus der evangelische Fürst Salm-Horstmar heftige Angriffe gegen die deutschen Juden richtete. Der ehemalige Oberpräsident von Schlesien, Fürst Hatzfeldt, kennzeichnete damals diesen Vorstoß als Gefährdung des häuslichen Friedens des deutschen Volkes. Seit jenen Tagen ist die innere Geschlossenheit des deutschen Volkes allgemein in so erschrekendem Maße verloren gegangen, daß es Pflicht der Gutgesinnten ist, die Gluten der Entzweiung zu dämpfen. Wie düstrer Qualm bei schleichendem Brande, so verfinstern vielfach Verhetzung und Leidenschaft das klare und gerechte Urteil auch in der Judenfrage.

Ein so schwieriges und vielgestaltiges Problem wie das jüdische kann nicht erfaßt, geschweige denn einer gedeihlichen Lösung entgegengeführt werden, wenn statt Sachlichkeit und ernster Durchdenkung Schlagworte und Impulse fast überall vorherrschen. Ihre Wirkung zeigte sich erst jüngst in der Ermordung eines jüdischen Bankierssohnes durch einen Studenten nach einem antisemitischen Vortrag in Baden. Auch die blutige Mißhandlung unbescholtener Söhne angesehener israelitischer Familien in der Türkenkaserne zu München während des Kapp-Putsches ist eine Folge jenes blinden Haders.

Als Katholiken und Zentrumsanhänger müssen wir uns darüber Rechenschaft geben, welche Stellung wir zu der Judenfrage einnehmen sollen. Können wir das Programm des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes zu dem unseren machen? Ihm liegt das Heil nicht in der Verchristlichung der Volks- und Einzelseele, sondern in der Verbannung sämtlicher Juden aus Deutschland. In einem Handbuch der Judenfrage wird folgende Auffassung vertreten:

Die letzte Lösung der Judenfrage kann nur in einer völligen Ausscheidung aller Juden aus dem arischen Völkerleben gefunden werden. Ein Kompromiß ist unannehmbar.

Ehe wir uns die praktische Durchführbarkeit des Vorschlages ansehen, betrachten wir ihn für Deutschland von grundsätzlich rechtlichen und ethischen Gesichtspunkten. Die Juden sind in Deutschland, namentlich am Rhein, schon seit Karl dem Großen beheimatet. Sie begegnen uns während des ganzen Mittelalters in der deutschen Sprache und Dichtung, sogar unter den Minnesängern. Wer so lange in deutschen Landen gelebt hat, dem wird man sein Wohnrecht nicht bestreiten können. Es wäre ein ähnlich unbilliges Verlangen, als wenn man die französischen Hugenottenfamilien, die schon seit Jahrhunderten bei uns leben, zum Verlassen unserer Grenzen auffordern wollte. Das Bürgerrecht der deutschen Juden ist durch völkerrechtliche Verträge, wie die Wiener Bundesakte von 1815, und durch die Verfassung gewährleistet. Seine Entziehung wäre Rechtsbruch.

Die Ansiedlung der Juden in Palästina ist zudem nicht zu bewerkstelligen, da das Heilige Land schätzungsweise zwei bis drei Millionen Menschen ernähren kann, während es ca. 12 bis 14 Millionen Juden auf der Erde gibt. Wer derartige Utopien mit dem mangelnden Heimatsgefühl der Juden zu begründen sucht, übersieht eins. Das westliche Judentum ist eben nicht nur die „Inkarnation kaufmännischen Geistes", sondern der Träger eines reichen, künstlerisch durchwärmten Gemütslebens. Die Beziehungen zur Natur, dem Jungbrunnen aller Kunst, sind solcher Anlage innig verwoben. Der deutsche Jude ist Deutscher schon durch das Medium seines ausgeprägten Künstlersinnes.

Die Flugblätter und sonstigen Erzeugnisse des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes weisen aber noch andere ernste Mängel auf. Ein Fehlen an wissenschaftlicher Objektivität und angemessenem Ton. Verallgemeinerungen und Uebertreibungen, wie man sie dort findet, dienen nicht der Aufklärung über wirklich vorhandene Schäden auf jüdischer Seite, sondern der Aufpeitschung der Instinkte. Religiöser und Rassenhaß widerstreiten durchaus der christlichen Moral. Das Alte Testament, die Urquelle des mosaischen Gottesglaubens, ist auch den Christen ehrwürdig.

Papst Benedikt XV. hat seine hehre Predigt der Völkerversöhnung auch bei den Juden wahrgemacht, indem er sich auf Bitten schweizerischer Israeliten beim Sultan um Schutz und Duldung der Juden im ganzen türkischen Reiche verwandte. Eindringliche Kenntnis des Judentums ist in Deutschland in den christlichen Bevölkerungskreisen nicht häufig. Es kann daher als zeitgeschichtliches Verdienst bezeichnet werden, daß ein gewiegter katholischer Gelehrter, wie Medizinalrat Dr. Graßl im Hochland, Novemberheft 1919, in einer gehaltvollen Abhandlung „Einzelnes zur Judenfrage" auf dieses Thema eingeht. Der Verfasser bespricht mit Offenheit und Takt u. a. die Fragen des Rassencharakters der Juden, der Assimilierung, des jüdischen Radikalismus und des Antisemitismus. Seine Beobachtungen sind exakter, seine Vorschläge fruchtbringender als die der antisemitischen Schriften. Bemerkenswert ist, daß er die jüdische Kultur nicht für anpassungsfähig an die deutsche hält und daß ihm die Fortexistenz des jüdischen Stammes in unseren Reihen viel lieber ist als eine Assimilation. Wir stimmen Graßl zu, daß eine Rassenvermischung vom Uebel wäre, ebenso erscheint ein gänzliches Aufgehen der Juden in der deutschen Kultur bei deren ausgeprägter Stammeseigenart nicht denkbar. Die seltene Spannweite und feinfühlige Mitschwingungskraft der jüdischen Psyche haben indessen für die intellektuelle Blüte der europäischen Völker wesentliche Bereicherungen gebracht. Wir erinnern hier nur an die berühmten deutschen Staatsrechtslehrer G. Jellineck und P. Laband. Statt unmöglicher Angleichung fasse man mit Professor M. Scheler eine andere Verteilung der Juden auf das Ganze der deutschen Arbeit ins Auge. In seinem vorrevolutionären Buche „Die Ursachen des Deutschenhasses" ruft Scheler nach mehr verantwortlichem statt unverantwortlichem Einfluß der Juden im öffentlichen Leben. Hätte man diesen Rat eher befolgt, so wäre nicht das arg verstimmende Symptom eines Andranges der Juden auf die republikanischen Ministersessel bei uns eingetreten. Mehr Zurückhaltung wäre geboten gewesen. Fortfall solcher Reibungsflächen ist das, worum sich edelgesinnte Juden wie W. Rathenau und Geh. Reg.-Rat Prof. H. Cohen stets bemüht haben. Besonders beachtlich ist Rathenaus Erklärung, daß die Juden nur da als neuerungsliebend erscheinen, wo man sie schlecht behandelt, in den Ländern der Gleichberechtigung aber zu den staatlich positivsten Elementen gehören. Prof. Cohen hat in einer philosophisch abgeklärten Studie Deutschtum und Judentum in dem Sammelbande Friedrich Thimmes „Vom inneren Frieden des deutschen Volkes" als altgläubiger Jude die Treue der jüdischen Bürger zum Staate aus dem biblischen Untergrunde entwickelt. Er berührt sich dort im Kern mit Gedankengängen des Rabbiners Dr. Scheftelowitz in Nr. 998 der „Kölnischen Volkszeitung" vom 22. Dezember 1919.

Das Weh um die religiöse Zersplitterung und Zersetzung der Söhne Davids, das in diesen Stimmen leise nachzittert, ehren wir. Wahrhaft katholische Herzen empfinden in ihrer Weise die Tragik solchen Geschickes mit. Sie klingt wieder in dem schmerzerfüllten und doch hoffnungsstarken Karfreitagsgebet unserer Priester für die Kinder Israels. Mit Graßl und Fr. W. Förster erkennen wir an, daß die jüdische Seele ein tief religiöses Bedürfnis hat, und daß bei ihr religionsfeindlicher Radikalismus und ätzende Skepsis gerade deshalb eine auffallende Defekterscheinung sind. Uns dünkt das welthistorische Drama der über die Erde verstreuten Nachkommen der Prophetengeschlechter in dem unharmonischen Ausklingen ihrer ursprünglich erhabenen religiösen Veranlagung psychologisch zu wurzeln.

An der Zeitenwende, die den geheimnisvollen Drang religiöser Vertiefung in sich birgt, sollten die Katholiken umsomehr alles vermeiden, was bei anderen einen Schatten auf das mild leuchtende Heiligtum des Menschheitserlösers werfen könnte. Dem steht der zielbewußte Kampf gegen alle Mißstände im sittlichen und ökonomischen Leben unseres Volkes nicht im Wege. Wenn ein vielleicht beträchtlicher Prozentsatz sozial gärender Juden mit gewissen ethischen Gebrechen behaftet ist, so wird er sich die Gesundung von diesen Gesellschaftskrankheiten gefallen lassen müssen. Es ist ein bewährter Grundsatz des Zentrums: Kein Antisemitismus, Ausmerzung alles sozial Nachteiligen nur auf dem Boden des gemeinen Rechtes. So soll es gelten für Mitbürger.

Wie sollen wir uns aber zur Judenschaft stellen, einem der bislang beschämendsten Phänomene der Völkerunterdrückung im zivilisationsstolzen Europa? Die Einwanderung derjenigen Ostjuden aus den Randgebieten des vormaligen russischen Kaiserreiches, die in ihren

nihilistischen Elementen tief gesunken sind, kann unser erschöpftes Land nicht weiter ertragen. Entwurzelte Ostjuden haben sich während der Revolution als Helfershelfer des Umsturzes erwiesen. Den Talmudghettojuden des Ostens aber, die durch Generationen unter der russischen Knute ein Martyrium für ihren Glauben bestanden haben, können wir unsere Achtung nicht versagen. Wenn wir die übrigens wirtschaftspolitisch strittige Materie des Ostjudentums streifen, so knüpfen wir einen Wunsch daran hoch über dem Parteigetriebe der Gegenwart: Möchte es unseren jüdischen Mitbürgern vergönnt sein, ihre kaum der Stickluft des zarischen Despotismus entronnenen Glaubensgenossen vor der geistigen Epidemie des Westens, dem seichten Materialismus, zu bewahren. Bei der dringlichsten Aufgabe unseres Daseins, der inneren Wiedergeburt des Vaterlandes zählen wir auf die idealen Kräfte, die in den Besten des deutschen Judentums lebendig sind."

Wir empfehlen, den Artikel katholischen Kreisen zugänglich zu machen. Originalexemplare können bei der Zentrale in beschränktem Maße angefordert werden

3. „Die große Täuschung."

In diesen Tagen ist von Friedrich Delitzsch in der deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart ein Buch erschienen, „Die große Täuschung", das für die, die Delitzsch kannten, eine bittere Enttäuschung war. Mit Emsigkeit und Ausdauer versucht hier Delitzsch den Nachweis zu erbringen, daß all das, was an Schlechtem und Ehrenrührigen gegen die Juden und das Judentum gesagt ist, aus dem jüdischen Schrifttum belegt werden kann.

Wir werden von angesehener jüdischer und christlicher Seite Sonderveröffentlichungen gegen dieses Buch herausbringen. Zuvor aber soll eine Besprechung wiedergegeben werden, die in der Vossischen Zeitung vom 17. April unter dem Titel „Die Große Täuschung" von D. Hugo Greßmann, Professor der Theologie an der Universität Berlin, veröffentlicht ist:

Gelehrte Kleinarbeit ist entsagungsvolle Arbeit. Wer z. B. Grammatika und Lexika schaffen will, muß zunächst Tausende von Stellen lesen und zergliedern, auf Zetteln sammeln und ordnen; und wenn dann das Ergebnis gezogen werden soll, muß das Ganze noch einmal durchdacht und geprüft werden. Nicht jeder besitzt die Geduld und den Fleiß, die für solche angespannte Sammelarbeit notwendig sind; und auch wer sie besitzt, muß bisweilen ausspannen und zur Erholung andere Dinge treiben, etwa auf Jagd gehen. Man kann ein großer Gelehrter und zugleich schlechter Jäger sein; aber was schadet das? Dafür hat jedermann gütiges Verständnis. Andere schreiben, um sich von der gelehrten Arbeit zu erholen, zur Abwechslung volkstümliche Werke. Auch das ist nur zu loben, falls man die Fähigkeiten dazu besitzt und sich auf das beschränkt, was man versteht. Es kann aber gefährlich werden, wenn man sich überschätzt und sich ein Urteil anmaßt über Dinge, die man nicht beurteilen kann. Man kann ein großer Grammatiker und zugleich ein schlechter Historiker sein; das ist begreiflich, weil die Art der Arbeit eine ganz andere ist und weil die Gaben verschieden verteilt sind.

Ein Musterbeispiel dafür ist Friedrich Delitzsch. Er ist der Altmeister der Assyriologie und gilt in Deutschland und weit darüber hinaus als einer der Führer, bei dem man gern in die Schule geht. Von ihm stammen die Hilfsmittel, deren jeder Forscher auf diesem Gebiete bedarf. Schon seit langem hat er eine assyrische Grammatik und ein assyrisches Lexikon geschaffen, die heute niemand mehr entbehren mag, wenn es jetzt auch an Konkurrenz-Werken nicht fehlt. Vor Kurzem erst hat er eine sumerische Grammatik und ein sumerisches Lexikon daneben gestellt, wiederum als erster, der ein solches Unternehmen gewagt hat. Das sind bewunderungswürdige Leistungen, die unbedingt Hochachtung und uneingeschränkte Anerkennung verdienen. Sein Wissen und seine Sprachkenntnisse sind auch dem Alten Testamente zugute gekommen. Das Buch: „Wo lag das Paradies?" enthält eine fast unausschöpfliche Fundgrube von geographischen Einzelheiten. Auch um den Text und das Verständnis des Buches Hiob hat er sich bemüht und gegenwärtig ist er dabei, ein hebräisches Lexikon zu verfassen, dessen mancherlei Vorarbeiten die alttestamentarische Wissenschaft bereits gefördert haben und gewiß auch weiter fördern werden. Denn in diesen Fragen wird ihm kein Gelehrter Autorität absprechen.

Aber seit er 1903 zum ersten Male seine „Babel und Bibel"-Vorträge gehalten hat und unter die volkstümlichen Schriftsteller gegangen ist, hat er sich auf ein Gebiet begeben, in dem er nicht zu Hause ist. Das zeigt sein soeben erschienenes neuestes Werk mit erschreckender Deutlichkeit: „Die große Täuschung" (Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart-Berlin.) Der alttestamentliche Forscher wird auch hier aus den gelehrten Anmerkungen einzelnes Wertvolle schöpfen, aber dies beschränkt sich ausschließlich auf das Sprachliche. Er freut sich ferner der durchaus selbständigen Darstellung, die manches eigenartig beleuchtet und dadurch zum Nachdenken anregt. Aber im großen und ganzen lernt er nichts Neues, weil er längst alles weiß. Das muß ausdrücklich hervorgehoben werden, obwohl es Delitzsch im Eingang selbst betont und „das unvergängliche Verdienst der textkritischen Arbeit der christlichen alttestamentlichen Wissenschaft" rühmt. (S. 7.) Aber am Schluß hat er dies Lob wieder vergessen und spricht tadelnd von der Behandlung des Alten Testamentes als offenbartem Gotteswort und als heiliger Schrift „sogar seitens der liberalen alttestamentlichen Theologie" (S. 94 f.); da er diese Behauptung nicht begründet, darf man ihre Richtigkeit bezweifeln. Aber er geht noch weiter und fordert, daß die Erforschung des althebräischen Schrifttums nicht länger einen Zweig der christlichen Theologie bilden, sondern besser der orientalischen Philologie und allgemeinen Religionsgeschichte überlassen werden soll. Die christliche Theologie ist weitherziger und wünscht wie bisher so auch fernerhin die wissenschaftliche Mitarbeit der Orientalisten an den schweren Problemen des Alten Testamentes; ihre Dankbarkeit hat sie durch die Tat bewiesen, als sie dem Orientalisten Julius Wellhausen folgte, soweit er seine Auffassungen durch gute Gründe zu stützen vermochte. Sie würde auch Delitzsch neidlos anerkennen, wie sie seine Verdienste um die Sprachforschung würdigt, wenn seine Darstellung haltbar wäre. Aber sie ist unhaltbar, weil er kein Historiker ist; sie bedeutet keinen Fortschritt, sondern einen wesentlichen Rückschritt.

Der Historiker soll gerecht urteilen. Das kann er nur,

wenn er leidenschaftslos und unparteiisch ist wie der Richter. Delitzsch behauptet zwar, seine Schrift „von ihrem ersten Entwurfe ab völlig sine ira et studio geschrieben“ zu haben (S.a.), aber die Tatsachen lehren das Gegenteil. Eine Blütenlese seiner Ausdrücke mag seine leidenschaftliche Erregung veranschaulichen: Der „mit dem Namen Moses getriebene Unfug“ (S. 7), „Knäuel wahrheitswidriger Geschichtsüberlieferung und skrupelloser Verschiebungen aller Art“ (S. 7), „nach Jahos eigenem Urteil erlogen” (S. 17), „haarsträubende Etymologie“ (S. 20), „eine grobe Täuschung des leichtgläubigen Lesers“ (S. 29), die „Unverfrorenheit“ des Deuteronomisten (S. 36), „die ans Komische streifende Rechtfertigung”(S.38), „von Aberglauben strotzende hygienisch-medizinische Vorschriften“ (S. 55), „ein bedauernswertes Zeichen für den grenzenlosen Aberglauben selbst der Intellektuellen“ (S. 56), „Irrglaube ohnegleichen“ (S. 70), „eine gar nicht auszudenkende Täuschung der Menschheit” (S. 71), „eine ungeheuerliche Annahme“ (S. 72), „die Karikatur des Gottesbegriffes“ (S. 73), „tendenziöse prophetische Mache“ (S. 82), „Israels fingierter Nationalgott“ (S. 83), „das alte Lügenmaul“ (S. 89). Das ist der Durchschnitt, der auf den Höhepunkten noch gesteigert wird; auch dafür einige Beispiele aus der Fülle des Stoffes: „Verdient nicht vielmehr ein solcher vermeintlicher Gott (gemeint ist der Gott Israels) nicht (so)! erst recht jene Benennung bôset, d. i. Schandgötze“ (S. 75); „muß nicht gerade die dreimalige Erzählung des gleichen Betruges innerhalb der Patriarchensagen jedes halbwegs ethisch empfindende Gemüt tiefst verletzen“ (S. 76); „Jaho gibt sich mit seiner Gesetzgebung auf sittlichem Gebiet auch als außerordentlich rückständig“ (S. 77) usw. Selbst wenn man zugeben wollte, was man nicht zugeben kann, daß alle einzelnen Ausdrücke und Urteile an sich berechtigt und zutreffend wären, wirken sie doch in ihrer Gesamtheit so aufreizend, daß sie den Leser zu heller Entrüstung aufpeitschen gegen die Juden — oder gegen den Verfasser. Jedenfalls ist es bei so heftiger Erregung völlig aussichtslos, über Einzelheiten streiten und an den Gerechtigkeitssinn des Gegners appellieren zu wollen. Die maßlosen und darum notwendig ungerechtfertigten Angriffe dieses geistigen Pogroms verurteilen sich selbst.

Seine Parteilichkeit zeigt sich objektiv nicht nur in der Wahl seiner Ausdrücke, sondern auch in der Wahl seiner Texte. Was ihm nicht paßt, schiebt er mit einer Handbewegung zur Seite, wie die Psalmen, denen er zweimal je einen Satz widmet (S. 80, 93). Ein besonderer Abschnitt handelt zwar von der „Tätigkeit der Propheten”, aber er beschränkt sich, von einem Satz abgesehen (S. 89), ganz auf die Propheten vor Amos, die als Verrückte, religiöse Fanatiker und sinnlose Verbrecher hingestellt werden. Der Leser erfährt zwar, daß die großen Schriftpropheten ganz andere Männer waren „als strenge Verfechter von Recht und Gerechtigkeit”, aber Delitzsch bemüht sich nicht, irgendwelche Folgerungen für seine Auffassung daraus zu ziehen. Er vermeidet sorgfältig auf sie einzugehen, weil sie seine Darstellung Lügen strafen würden. Indem er die Psalmen und die großen Schriftpropheten ausschaltet, scheidet er aus der israelitischen Religion gerade die Höhepunkte der Entwicklung aus. Denn das, was übrig bleibt, entspricht im großen und ganzen der volkstümlichen Religion, die naturgemäß auf einem tieferen Niveau steht als die Religion der großen Persönlichkeiten. So bietet er ein völlig verzerrtes Bild der israelitischen Religion, genau so verzerrt, wie wenn man das Christentum des Neuen Testaments nach der Wundersucht der Evangelien, der Legenden der Apostelgeschichte und den verworrenen Bildern der Offenbarung Johannis beurteilen wollte, ohne nach dem zu fragen, was Jesus und Paulus bedeutet haben. Und wenn man den Judengott für alle Schandtaten verantwortlich macht, die Israeliten je gedacht und getan haben, dann muß man sich auch die umgekehrte Betrachtung gefallen lassen und den Christengott mit allen Greueln der Kinderkreuzzüge und Geißlerfahrten, der Inquisition und der Hexenprozesse belasten. Wer will dann messen, wessen Schuld dann größer sei?

Zum Historiker gehört vor allem Perspektive. Aber Delitzsch schaut alles auf einer Fläche und kennt keine Entwicklung. Daß die israelitische Sittlichkeit und die israelitische Religion eine Geschichte erlebt haben, wie die Sittlichkeit und die Religion eines jeden anderen Volkes, steht ganz außerhalb seines Gesichtskreises. Er hat kein Empfinden dafür, daß zwischen uns und den Personen des alten Testaments eine Kluft von 2—3000 Jahren liegt und daß sie im Morgenlande gelebt haben unter einem anderen Himmel und unter anderen Verhältnissen. Noch weniger hat er trotz seiner Text- und Quellenkritik ein Empfinden dafür, daß innerhalb des hebräischen Schrifttums selbst ganz verschiedene Schichten nachgewiesen worden sind, die aus verschiedenen Zeiten stammen und verschiedene Stufen der Entwicklung widerspiegeln. Obwohl er Wellhausen zu kennen behauptet und seinen Namen feiert, fehlt ihm jedes geschichtliche Verständnis, wie es heute von der christlichen Theologie des Alten Testaments errungen worden ist. So schluckt er, um nur ein Beispiel zu nennen, den Roman des Estherbuches mit Haut und Haaren; er gehört eben zu den „leichtgläubigen Lesern“, die Dichtung und Wahrheit nicht unterscheiden können und keine wissenschaftlich-historische Kritik besitzen. Alle großen Worte, die er im Munde führt und die im Grunde nur seine schwache Position verraten, können die Tatsache nicht umstoßen, daß das Christentum so gut wie der Islam Töchterreligionen des Judentums sind, und daß das Judentum schon deshalb eine „weltgeschichtliche Mission“ gehabt hat. Demgegenüber kann man ruhig alle Einzelheiten preisgeben, meinetwegen sogar annehmen, daß Jesus nicht jüdischen Blutes war (S. 94), obwohl ein Beweis dafür nicht zu erbringen ist. Das Christentum ist doch im Schoß des jüdischen Volkes entstanden, und Jesus wäre ohne Moses und die Propheten einfach undenkbar, welches Blut auch immer in seinen Adern geflossen sein mag. „Die große Täuschung”, mit der die israelitisch-jüdischen Verfasser angeblich ihr eigenes Volk und sogar leichtgläubige Christen getäuscht haben sollen, beruht nur auf der Selbsttäuschung von Friedrich Delitzsch. Für die Wissenschaft bedeutet seine Schrift aber eine große Enttäuschung, ja mehr als das: Wir schämen uns ihrer.“

* * *

Daß die Antisemitenpresse zu Ehren von Delitzsch Freudenfeuer anzündet, nimmt nicht Wunder. *Einen schlechteren Dienst aber hätte man dem Verfasser nicht erweisen können, als ihm Reventlow geleistet hat, wenn er in seiner Kritik in der „Deutschen Tageszeitung” vom 30. April Delitzsch auf eine Stufe stellt mit Fritsch, Roh-*

ling und Ecker. Damit ist eigentlich das Buch gerichtet. Eine wehleidige Erinnerung wird Delitzsch nicht abschütteln können, daß gerade sein Vater, der bekannte evangelische Theologe Franz Delitzsch, in der heftigsten Weise durch seine Schrift Schachmatt den Blutlügnern Rohling und Justus gegen den citierten Rohling, einer der größten wissenschaftlichen Dilettanten, aufgetreten ist.

Uebrigens entbehrt es nicht des Interesses, daß Delitzsch, bevor er noch Kronzeuge der Antisemiten geworden ist, von Th. Fritsch (Handbuch der Judenfrage 28. Auflage 1919, Seite 374) als von Juden abstammend bezeichnet worden ist.

4. Aus einer antisemitischen Versammlung.

In einer am 14. April in der Ortsgruppe Tempelhof der Deutschnationalen Volkspartei abgehaltenen Versammlung sagte der Geschäftsführer der Partei, Herr v. Lindeiner, der über das Thema „Die Kapp-Tage und die Deutschnationale Volkspartei" sprach, etwa folgendes:

Ein Gutes habe aber der 13. und 14. März doch gehabt. Man habe in diesen Tagen auch nicht einen Juden auf den Straßen Berlins gesehen.

Er schloß seine Rede mit den Worten: „An dem ganzen Unglück des deutschen Volkes ist schuld die äußere und, ich muß leider sagen, auch die seelische Verjudung des deutschen Volkes. Mit reiner weißer Weste haben wir vor dem Kriege dagestanden, während des Krieges und in der Zeit der Regierung einer Partei von Schiebern und Verbrechern. Mit weißer Weste gehen wir in den Wahlkampf, um ohne Fleck und Tadel aus ihm gestärkt hervorzugehen."

5. Pogromabsichten.

Auf vielfache Anfragen unserer Freunde, ob in öffentlichen Erklärungen der gegnerischen Organisationen Anhaltspunkte dafür enthalten sind, daß diese in der Tat die Absicht haben, Gewalt gegen uns anzuwenden, verweisen wir u. a. auf die in Nr. 5 der Deutschvölkischen Blätter vom 29. Januar cr. abgedruckte Eingabe des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, unterzeichnet von dem Hauptgeschäftsführer Alfred Roth an den Reichspräsidenten Ebert. Im Anschluß an die damals akute Auslieferungsfrage wird von denen gesprochen, denen die Schuld an diesem Verlangen der Entente zuzumessen sei. Es heißt dann:

„Im deutschen Volke wächst unaufhörlich die Erkenntnis von den wahren Ursachen seines entsetzlichen Elends und es gewinnt i mer mehr Klarheit über das geheime Treiben der Urheber der widervölkischen und undeutschen Mächte, die es in sein Unglück hineingeführt haben. Wir dürfen deshalb Sie Herr Reichspräsident, darauf aufmerksam machen, daß die Auslieferung deutscher Offiziere, Beamten, Unteroffiziere, Soldaten oder sonstiger Reichsangehöriger zu schweren und dauernden inneren Unruhen führen müßte. Es ist zu erwarten, daß weite Volkskreise gewillt sind, jede derartige Zwangsmaßnahmen zu verhindern und in solchem Falle womöglich selbständig an denjenigen Wiedervergeltung zu üben, die nach ihrer Ueberzeugung die Auslieferung betrieben haben und zur Tat werden ließen.

Der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund hat es stets als seine Aufgabe betrachtet, bei der Verfolgung seiner Ziele nur gesetzliche Mittel anzuwenden und wir haben demgemäß auch stets vor Gewalttätigkeiten gewarnt. Es ist uns aber nicht zweifelhaft, daß das empörte Volk diese Warnungen in den Wind schlagen würde, wenn es seine Ehre vollends preisgegeben oder gar verloren sähe. Das aber wäre der Fall, wenn dem Auslieferungsverlangen unserer Feinde stattgegeben würde. Wir fühlen uns verpflichtet, Sie Herr Reichspräsident, auf diese Stimmung im Volke aufmerksam zu machen, damit Sie Ihre Entschließungen auch darauf einzustellen vermögen. Wir müssen jedenfalls die Verantwortung für die Folgen einer Nichtbeachtung dieser Empfindungen nicht der schlechtesten unter den deutschen Männern von uns weisen. Sie aber, Herr Reichspräsident, haben es in der Hand, dem deutschen Volke wieder den Glauben an seine Ehre zurückzugeben und sein Vertrauen in seine nationale Würde wieder aufzurichten."

Im Anschluß an diese Eingabe wird dann noch der Anschlag auf Erzberger dazu benutzt, um derartige Gewalttätigkeiten zu verherrlichen. Die Tat wird als Symptom der Stimmung des Volkes bezeichnet, dies ich auch gegen die Juden richte.

6. Verbot politischer Betätigung innerhalb der Reichswehr.

In der gegenwärtigen Zeit der antisemitischen Hetze in der Reichswehr sei auf folgende bereits am 12. Juni 1919 herausgegebene Verordnung hingewiesen:

1. Das Vorgesetztenverhältnis, die Dienstgewalt, die Diensträume und Plätze, die dienstlichen Schreib- und Druckmittel und dienstlichen Sachen jeder Art dürfen zu Zwecken parteipolitischer Betätigung von Angehörigen der Reichswehr nicht ausgenutzt werden.

2. Offiziere, Beamte, Unteroffiziere und Mannschaften der Reichswehr dürfen sich nicht zu parteipolitischen Versammlungen oder Vereinen innerhalb der Reichswehrverbände zusammenschließen: jeder einzelne darf dagegen Mitglied einer politischen Partei oder eines wie immer gearteten außerhalb der Reichswehr stehenden Vereins sein, soweit dessen Zwecke nicht den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder in Widerspruch mit der von den Reichswehrangehöri eingegangenen Treupflicht stehen.

3. Die Bildung nicht parteipolitischer Vereine und Zusammenschlüsse innerhalb der Reichswehr durch und unter Reichswehrangehörigen ist von den Vorstandsmitgliedern unter Angabe des Zweckes der Vereine usw. den Vorgesetzten zu melden. Die Bildung geheimer Vereine ist verboten.

Der Reichswehrminister. Noske.
Der Preußische Kriegsminister. gez. Reinhardt.
Für die Richtigkeit der Abschrift:
Rohde, Ltn. und Adjutant.

Auch das folgende Verbot ist bemerkenswert:

Die „Korrespondenz Pieper" meldet:

„Zufolge einer Verfügung des Chefs der Heeresleitung vom 2. Mai wird die Anbringung irgendwelcher politisch deutbarer Ab-

zeichen an Stahlhelmen, Uniformen, Fahrzeugen usw., auch durch Bemalung, um die Reichswehr während der kommenden Wahlvorbereitungen dem Meinungsstreit zu entziehen, nochmals auf das strengste untersagt. Die Stahlhelme sind mit dem Anstrich zu tragen, mit dem sie der Truppe geliefert wurden, also mit feldgrauem oder Buntfarbenanstrich. Verstöße gegen diesen Befehl werden als Ungehorsam oder auch als Vergehen gegen § 137 des Militärstrafgesetzbuches (vorsätzliche und rechtswidrige Beschädigung eines Dienstgegenstandes) geahndet."

Wir geben diesen Erlaß sofort weiter, weil er die Unterlage dafür bietet, auch gegen das Tragen antisemitisch zu deutender Abzeichen an Ort und Stelle entsprechend vorgehen zu können.

7. Die Vorbereitung zum Kommunisten - Aufstand.

Die „Deutsche Zeitung" vom 1. Mai bringt unter obiger Ueberschrift Nachrichten über Pläne, die sie über einen geplanten großen Kommunisten Anfstand in Mitteldeutschland entdeckt habe. Wir veröffentlichen daraus folgenden Ausschnitt, zu dem sich jeder Kommentar erübrigt:

„Der Nachweis, daß die bolschewistisch-kommunistischen Elemente mit gewissen Teilen der Frankfurter Juden zusammenarbeiten und von ihnen starke materielle Unterstützung erhalten, wird wohl nie ganz zu erbringen sein, jedoch deuten gewisse Redewendungen Goldsteins in einer Frankfurter Kommunistenversammlung am 29. März 1920 darauf hin. Auf die Frage nach der Finanzierung ihrer Unternehmungen erklärte G., daß der Fragesteller, der auch Jude war, sich unbedingt auf seine hier lebenden Stammesbrüder verlassen könnte, und ein andermal, daß die Pariser Zentrale die Fäden in der Hand habe und jederzeit eine für die Genossen günstige Lage hervorrufen könne. Gemeint war zweifellos die Alliance Israélite Universelle."

8. „Nationale Heimstätte" oder Berloque.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht in der „Deutschen Tageszeitung" Ernst Reventlow einen Artikel, der uns nach mannigfacher Hinsicht besonders interessant zu sein scheint. Die bemerkenswertesten Stellen des Aufsatzes drucken wir nachfolgend ab:

„Die Entscheidung über das Schicksal des türkischen Reiches, welche nun in San Remo erfolgen soll, wird auch die endgültige Entscheidung über das Schicksal Palästinas mit der Stadt Jerusalem bedeuten. Provisorisch, aber voll verbindlich ist diese Entscheidung freilich schon vor zwei und einem halben Jahre, im Herbst 1917, festgelegt worden. Damals erklärte im Namen der britischen Regierung der Minister des Auswärtigen, Mr. Balfour, dem Haupte der Zionisten in Großbritannien, Lord Rothschild: die britische Regierung sähe die Schaffung eines „nationalen Heims in Palästina für das jüdische Volk" mit Wohlwollen an und „wird die größten Anstrengungen machen, um die Erreichung dieses Zieles zu ermöglichen, mit der wohlverstandenen Maßgabe, daß nichts geschehen soll, was die zivilen und religiösen Rechte vorhandener, nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und die politische Stellung der Juden in anderen Ländern beeinträchtigen könnte." Es braucht kaum hinzugesetzt zu werden, daß Inhalt und Form dieser Erklärung zwischen der britischen Regierung und den führenden Juden in der Welt vorher genau vereinbart worden sind. Vorgestern hat sie im britischen Unterhause der Vertreter der Regierung, Harmsworth, erneuert.

Der jüdische Zionismus ist uns immer sympathisch gewesen, schon um seiner Aufrichtigkeit und der Aufrichtigkeit seiner Bekenner willen. In den zionistischen Kreisen ist jene Balfoursche Erklärung mit größter Befriedigung, ja mit Begeisterung begrüßt worden, während man in der nicht zionistischen Presse aus naheliegenden Gründen, jedenfalls in Deutschland, so gut wie nichts darüber gelesen hat. Hier besteht keine Neigung, Palästina als nationale Heimstätte für das jüdische Volk zu betrachten und anerkannt zu sehen, am allerwenigsten, sich zu der tatsächlichen Wahrheit auch politisch zu bekennen, daß die Juden eben eine Nation sind. Es ist bemerkenswert, wie in diesem Punkte, abgesehen wie gesagt von den Zionisten und anderen gesetztreuen Juden, der jüdische Stolz so versagt.

Wir haben oft genug hier erklärt und dargelegt, daß wir einen friedlichen Ausgleich der jüdischen Frage in Deutschland auf dem Boden der Gerechtigkeit und Billigkeit für wünschenswert hielten, aber den gegenwärtigen Zustand jüdischer Herrschaft in Deutschland nicht als der Billigkeit und Gerechtigkeit angemessen ansehen können. Die jüdische und jüdisch geleitete Presse hat auf diese versöhnliche Stellungnahme kein einziges Mal sachlich geantwortet, sondern ausnahmslos in tendenziösen Verdrehungen und mit schimpfenden Angriffen. Das Judentum in Deutschland fühlt sich in einer derartigen Machtstellung, daß es glaubt, auch auf die Dauer befehlen und alle Verhandlungen von sich weisen zu sollen.

Selbstverständlich könnte Palästina, selbst wenn alle Juden es wollten, was bekanntlich nicht der Fall ist, dem jüdischen Volke lange nicht genug Raum und sonstige Lebensmöglichkeiten bieten. Dabei sehen wir noch ganz ab von der interessanten Tatsache, daß schon jetzt die Juden in Palästina, verstärkt durch ihren neuerlichen Zuzug, sich bei den anderen dort und angrenzend wohnenden Rassen und Völkern unleidlich gemacht haben, daß die Juden Pogrome fürchten und sich an Lord Allenby um Schutz gewandt haben. Sehr optimistische Berechnungen von jüdischer Seite halten eine im Laufe langer Jahre allmählich erfolgende Besiedlung durch etwa sechs Millionen Juden für möglich; also immerhin ein noch sehr kleiner Bruchteil der Gesamtmenge der in der Welt wohnenden Juden, für deren Feststellung überhaupt die Statistiken aus naheliegenden Gründen große Schwierigkeiten haben; sogar in der einen Stadt Berlin dürften diese Schwierigkeiten sich als unüberwindlich zeigen bzw. gemacht werden.

Was soll aber dann Palästina als eine „nationale Heimstätte des jüdischen Volkes" bedeuten? Unter einer Heimstätte versteht man gemeinhin etwas anderes. Soll aber der Sinn sein, daß Palästina zum völkischen

nationalen Schwerpunkt und Brennpunkt des Judentums wird, dann müßte dieses auch alle Konsequenzen daraus ziehen und sich der Welt gegenüber offiziell als Nation deklarieren.

Folgerichtig müßte das Judentum, nachdem es Palästina als Eigentum und als nationale Heimstätte zugesprochen erhalten hat, seine Doppelrolle in der Welt aufgeben und sich als jüdische Nation etablieren, Jerusalem zur Hauptstadt machen, einen Staat bilden und Vertretungen, Botschafter und Gesandten in die anderen Länder senden, um das Interesse des jüdischen Staatswesens und der Juden im Auslande — alle Länder außer Palästina wären dann Ausland — wahrzunehmen. Die unbegrenzt zur Verfügung stehenden Mittel würden den Juden erlauben, Jerusalem in kurzer Zeit zur schönsten Stadt der Welt auszubauen, mit „allem Komfort der Neuzeit" auszustatten und damit die würdige Repräsentation eines so reichen und mächtigen Volkes zu bilden. Im Interesse der Würde des Judentums wäre es natürlich, daß alle seine Angehörigen in allen Ländern sich zur jüdischen Nation bekennten und staatlich zu ihr gehörten. Die Vermischung und Einmischung der Juden in die Angelegenheiten anderer Völker müßten damit von selbst aufhören, klare Verhältnisse würden sich anbahnen, die Grenzen würden scharf gezogen werden. Das Würdebewußtsein des jüdischen Staates und das Nationalgefühl des jüdischen Volkes würde sich das geradezu ausbedingen müssen, und mit entschiedener Offenheit der bisherigen Doppelrolle des Judentums als Nation und Nichtnation ein Ende machen, welche die Balfour-Rothschildsche Erklärung verewigen will. Dächte man sich ein anderes Volk in einer analogen Lage, so würde das neuerliche Zugeständnis einer nationalen Heimstätte ihm eine nationale Erlösung bedeuten und eine sofort zu ergreifende Gelegenheit, mit der vielgestaltigen und schweifenden, wenn schon sehr einträglichen Vergangenheit und mit deren Maskenspiel ein Ende zu machen.

Man muß also mit Interesse der Stellungnahme des Judentums zu seiner nationalen Heimstätte Palästina entgegensehen. Inzwischen hat das Judentum in der Welt und besonders in Europa eine beispiellos beherrschende, vielfach offen oder heimlich despotische Stellung errungen, einerseits durch die geschickte einheitliche und rücksichtslose Ausnutzung seiner Weltgeldmacht, andererseits durch Zersetzung und Revolutionierung einer Anzahl großer europäischer Völker und Aufrichtung der jüdischen Herrschaft über diese, nachdem man sie sorgsam desorganisiert und ihnen den nationalen Geist ausgetrieben oder verwirrt hat. Auch hier spielt das Judentum eine Doppelrolle: „Bolschewist" und „Kommunist" — Beherrscher des internationalen Kapitals (so wenig erschöpfend dieser Ausdruck freilich ist). Die beiden Rollen widersprechen einander nur äußerlich, sie sollen beide zum gemeinsamen Endziele, der jüdischen Weltherrschaft, führen.

In diesem Lichte betrachtet, stellt sich die vorher aufgeworfene Frage noch interessanter, ob nämlich das Judentum sich zu seiner nationalen Heimstätte Palästina bekennen und daraus alle Konsequenzen ziehen wird — welche weltgeschichtlicher Natur sein werden — oder aber, ob ihm Palästina mit Jerusalem nur ein von dem Londoner Weltgeschäftsfreund verehrtes sentimentales Berloque für die dicke, goldene internationale Uhrkette bedeuten soll." E. R.

Die Stellungnahme dieses geistigen Vaters der antisemitischen Bewegung in Deutschland nimmt uns nicht weiter Wunder. Unter der Maske des Judenfreundes eine Unmenge von Haß und Verlogenheit. Vielleicht merken das auch die, die jetzt in diesen Tagen den Beschluß der Konferenz in San Remo in Festversammlungen feierten.

9. Jüdische Wissenschaftler.

In Flugblättern und öffentlichen Versammlungen wird in neuester Zeit vielfach auf jüdische Wissenschaftler hingewiesen, ohne deren Erfindungen und Entdeckungen, abgesehen von den Kulturwerten, die sie geschaffen haben, die Siege der ersten Kriegsjahre unmöglich gewesen wären. Um Irrtümer in Bezug auf die Zugehörigkeit zum Judentum zu verhindern, veröffentlichen wir nachstehend informatorisches Material über die in Frage stehenden Persönlichkeiten. Die Angaben sind besonders wertvoll für die erfreulicherweise so erfolgreichen Aufklärungsversammlungen vor nichtjüdischem Publikum.

1. Zuntz war vor mehr als 40 Jahren zum Christentum übergetreten. Seine Kriegsverdienste liegen hauptsächlich darin, daß er rechtzeitig die Rationierung empfohlen, die Verringerung des Luxusviehstandes gefordert und zusammen mit anderen Fachgenossen, insbesondere mit dem gleichfalls getauften Prof. Eltzbacher von der Berliner Handelshochschule die bekannte Propagandaschrift „Die deutsche Volksernährung und der englische Aushungerungsplan" herausgegeben hat. Er war außerdem ein tätiges Mitglied verschiedener Ernährungskommissionen und damit ein sehr geschätzter Berater der Regierung. Trotz seines Uebertritts stand er dem Judentum sympathisch gegenüber und hat das dadurch zum Ausdruck gebracht, daß er jederzeit jüdische Mitarbeiter herangezogen und nach Möglichkeit gefördert hat.

2. Haber ist der Schöpfer des Verfahrens zur Gewinnung von Ammoniak aus der Luft und hat damit die Kriegsführung insofern überhaupt ermöglicht, als unsere Vorräte an Ammoniak und Salpeter seinerzeit nur für wenige Wochen ausreichten. Er ist weiter der Schöpfer und Organisator des Gaskampfes und Gasschutzes. Bereits als junger Dozent oder Doktor ist er zum Christentum übergetreten. Haber ist Träger des Nobelpreises für Chemie für das Jahr 1918 in Würdigung des Umstandes, daß seine Methode der Ammoniakgewinnung für die Landwirtschaft und somit für die ganze Menschheit von größter Bedeutung ist.

3. Einstein ist Jude. Als Pazifist hat er sich an Kriegsarbeiten nicht beteiligt. Seine Größe liegt darin, daß durch die von ihm geschaffene Betrachtungsweise unser physikalisches Weltbild umgemodelt und unsere erkenntnistheoretischen Anschauungen von Raum und Zeit vollständig neu gestaltet wurden.

4. Willstätter ist gleichfalls Jude. Seine internationale Bedeutung beruht darauf, daß er der Ergründer der Pflanzenfarbstoffe, der Alkaloide ist, sowie namentlich darauf, daß er am tiefsten in das Wesen der Assimilation eingedrungen ist, d. h. jenes Vorganges, durch den die grünen Pflanzen das Sonnenlicht ausnutzen und damit die Produktion der Vegetabilien und somit überhaupt das Leben auf Erden ermöglichen. Während

des Krieges hat er, ohne besonders hervorzutreten, an vielen wichtigen Einzelheiten mitgewirkt.

5. Frank und Caro. Beide sind Juden. Frank ist verstorben. Er hat noch vor Haber die Gewinnung von Ammoniak und verwandten Verbindungen aus der Luft gelehrt und praktisch ausgeübt. Durch den Ausbau dieser Methode in den Reichsstickstoffwerken ist es möglich gewesen, neben der Haber'schen Erfindung für die militärischen Bedürfnisse und die Landwirtschaft während des Krieges einigermaßen Ammoniak zu schaffen.

6. Neuberg, gleichfalls Jude und Mitglied des Hauptvorstandes des Centralvereins, gelang es, während des Krieges durch Auffindung eines brauchbaren Glycerinersatzes für die Bedürfnisse der Artillerie, Marine und Infanterie, sowie für medizinische Zwecke die Heeresverwaltung aus einer argen Verlegenheit zu befreien und zu verhüten, daß der Bevölkerung das letzte Gramm Fett und Zucker, das sonst zur Bereitung von Glycerin hätte dienen müssen, entzogen wurde.

10. Aufklärungsarbeit in öffentlichen Versammlungen.

Im Februarheft der Zeitschrift „Im deutschen Reich" hat der Centralverein über eine äußerst erfolgreiche in Osnabrück stattgefundene öffentliche Versammlung, in der verschiedene politische Parteien und Konfessionen anwesend waren, berichtet. Ende April hat nun die Ortsgruppe Meiningen des Centralvereins eine ähnliche öffentliche Versammlung zum Zwecke der Aufklärung von Nichtjuden und zur Rückenstärkung der Juden veranstaltet. Ueber die Vorbereitungen, an denen andere Ortsgruppen, die ähnliche Veranstaltungen planen, sich ein Beispiel nehmen können, teilt Meiningen mit, daß die Versammlung weder in Zeitungen noch an Anschlagsäulen angekündigt war. Es sind lediglich direkte Einladungen, vor allem an die politischen Parteien, an die Presse, ferner an über 500 christliche Mitbürger aller Stände, ergangen. Der Besuch war außerordentlich groß, nicht der leiseste Mißton störte die Versammlung und der rauschende Beifall, der namentlich von den anwesenden christlichen Zuhörern gespendet wurde, bestärkte die Ansicht, daß derartige Versammlungen eine unbedingte Notwendigkeit sind. Viele der anwesenden Gegner dankten für die bewiesene außerordentliche Objektivität und gaben zu, daß wichtige Aufklärungen in den verschiedensten Punkten gegeben worden seien. Der Syndikus des Centralvereins Dr. Holländer-Berlin hatte das Referat über das Thema „Da Judentum in Deutschland" übernommen.

Eine ähnliche Veranstaltung fand kürzlich in Görlitz statt. Ein Auszug der sehr ausführlichen Presseberichte mag unsere Freunde darüber unterrichten, in welcher Form derartige Vorträge zu halten sind:

Der Referent Dr. Holländer-Berlin wies darauf hin, daß es höchste Zeit sei, zwischen Juden und Nichtjuden eine von sachlichem Ernst und von Wahrheitsmut getragene Aussprache über die Judenfrage herbeizuführen. Seit der Revolution hat der Kampf weiter Volkskreise gegen das Judentum gewaltige Ausdehnung genommen. Daher müsse man sich über die einzelnen Vorwürfe gegen die Juden einmal sachlich auseinandersetzen.

Die Juden, so behauptet man, bilden eine internationale Gemeinschaft. Sie haben kein Vaterland, sind nur Fremdlinge und müßten deshalb unter Fremdenrecht gestellt werden. Doch dieser Vorwurf ist unberechtigt. International am Judentum ist nur seine Religion, genau so wie die katholische Kirche. Aber an Vaterlandsliebe läßt sich der deutsche Jude von niemand übertreffen. Wenn in den Ententestaaten gerade Juden gegen Deutschland gehetzt haben, so beweist das nur, daß die Juden jeden Landes hinter den Fahnen ihrer Heimat stehen.

Weiter werfen uns die Gegner vor, daß die Juden keine Germanen sind und infolgedessen nicht zum deutschen Volke gehören. Die Ethnologie beweist aber, daß das deutsche Volk sehr viel fremde Bestandteile enthält, z. B. die Wenden in der Nähe Berlins; auch die Hugenotten sind keine Germanen. Außerdem ist eine große Reihe jüdischer Familien schon seit Karl dem Großen in Deutschland ansässig.

Weiter untersucht der Redner das Verhältnis der Juden zum Bolschewismus. Mit Unrecht wird behauptet, die Juden seien Träger und Führer des Bolschewismus. Mag auch unter den Führern sich eine Anzahl von Juden befinden, — sie ist lange nicht so groß als man glaubt; Lenin und Bela Khun sind nicht Juden — so kann man doch unmöglich die Juden im allgemeinen als Bolschewisten bezeichnen. Der Bolschewismus ist zu erklären aus der slawisch-tartarischen Veranlagung des russischen Volkes, die ihren Ausdruck in den Werken Tolstois, Dostojewskis und Turgenjews findet. Das Judentum als solches ist alles andere als bolschewistisch, ja man hat es oft sogar als starr-konservativ hingestellt. Daß die russisch-jüdische Intelligenz zum Bolschewismus neigte, ist aus ihrer traurigen Lage zu erklären. Sie ist aber nur ein minimaler Bruchteil der Millionen russischer Juden, die nichts mit dem Bolschewismus gemein haben. Die wenigen jüdischen Kommunisten in Deutschland, wie Landauer und Mühsam, sind überspannte Literaten, die man am besten rechtzeitig in eine Kaltwasserheilanstalt hätte bringen sollen.

Was die Frage der Drückebergerei der Juden im Weltkriege anbelangt, so beweist die Statistik, daß der Anteil der Juden am Frontdienste durchaus der Einwohnerzahl entspricht. Man darf dabei nicht vergessen, daß die Juden meist in den Großstädten wohnen, und daß das flache Land überhaupt mehr Kriegsverwendungsfähige gestellt hat, als die Städte. In Görlitz z. B. gab es bei einer jüdischen Gemeinde von 657 Seelen 116 Kriegsteilnehmer, von denen 20% dem Kriege zum Opfer fielen. Auch bei den Kriegsgesellschaften ist der Anteil der Juden durchaus nicht abnorm hoch. In leitender Stellung befinden sich etwa 8—10% Juden, dazu kommt noch, daß in manchen Zweigen die Juden einfach unentbehrlich waren z. B. in der Leder- und Getreidebranche. Die Tätigkeit Walter Rathe-

naus bezeichnet man auch erst jetzt als unheilvoll, nachdem der Krieg verloren ist; früher betrachtete man sein Werk als eine Großtat. Vergessen wir auch nicht die großen Dienste, die der Physiologe Nathan Zuntz der Ernährungswirtschaft geleistet hat. Der jüdische Gelehrte Haber hat durch seine Erfindung der Gewinnung von Stickstoff aus der Luft erst die Fortführung des Krieges ermöglicht.

Es ist eitel Lüge, wenn man behauptet, daß die Prese in der Hand des Judentums liegt. Die sogenannten jüdischen Zeitungen sind doch nicht als Sprachrohre des Judentums aufzufassen. Außerdem ist die Zahl der von Juden geleiteten Blätter verschwindend klein. — Schließlich berührte Dr. Holländer noch die angebliche Sittenlosigkeit der jüdischen Geheimlehre. Jeder Kenner des Talmud, selbst der protestantische Theologe Strack kann leicht beweisen, daß alle diese Behauptungen böswillige Entstellungen und Verleumdungen sind.

In der Diskussion ergriff zuerst ein Herr Schmid als Vertreter des Antisemitismus das Wort. Er wiederholte die bekannten Vorwürfe, daß die Juden nicht Landarbeiter oder Handwerker seien, daß sie schuld an dem Vertrag zu Versailles und an der deutschen Revolution sind, und daß die Sozialdemokraten nichts als eine jüdische Schutztruppe darstellen. Der Sozialdemokrat Adelt und Frenkel, der frühere Vorsitzende des Arbeiterrates, widerlegten ihn gründlich. Juden und Arbeiter hätten sich zusammengefunden, weil sie beide unterdrückt seien. In Rußland gibt es viele jüdische Handwerker und Land leute. Als Arbeiterrat in mehr als anderthalbjähriger Tätigkeit hatte Herr Frenkel erkannt, daß die Juden nicht mehr am Wuchern und Schieben beteiligt sind, als die anderen Konfessionen. Justizrat Sommer wies darauf hin, daß die Juden mit Recht erbittert seien, weil man sie zu Prügelknaben des verlorenen Krieges machen will, gerade jetzt, angesichts der bevorstehenden Abstimmung in Oberschlesien solle man die Hunderttausende patriotischer Juden nicht unnütz vor dem Kopf stoßen. Der Stadtverordnete Sondermann wies darauf hin, daß er in 30 jähriger Tätigkeit wohl 90% der Görlitzer Juden kennen gelernt habe und nicht das geringste gegen sie aussagen könne. Nachdem ein Stadtmissionar betont hatte, daß er als Christ alle Menschen, also auch die Juden, liebe, berührte noch kurz der Antisemit Förster die Abneigung, die den Juden überall entgegengebracht werde.

In seinem Schlußwort erklärte Dr. Holländer diese Abneigung aus der geschichtlichen Tatsache, daß Minoritäten von den früher herrschenden Klassen immer mit Argwohn betrachtet werden. Er wies ferner darauf hin, daß 10% aller Juden Handwerker sind und daß es sogar 40 000 jüdische Schwerarbeiter gibt. Ein leuchtendes Bild des Patriotismus hat erst jüngst der Oberrabbiner Levi in Straßburg gegeben, der, von Geburt Elsässer, sich nicht entschließen konnte, die französischen Behörden in der Synagoge zu empfangen und zu begrüßen, und der deshalb ausgewiesen wurde.

11. Die Hetze gegen die Firma Lewin-Breslau.

Seit einiger Zeit werden in Breslau, sowohl wie in anderen Provinzstädten, besonders auch im Rheinland Flugblätter und Handzettel verteilt, die ein ganzes Bündel von Beschimpfungen und Verleumdungen einer Firma Lewin in Breslau enthalten. Die darin als Tatsachen aufgestellten Mitteilungen sind von der Antisemitenpartei gleichzeitig weiterverbreitet worden. Es hat sich über diese Firma ein Sturm der Entrüstung in antisemitischen Kreisen erhoben. Die Flugblätter tragen den Vermerk „Genehmigt: Ga/I c. Nr. 152, bzw. 157.“ Dadurch soll wohl der Anschein einer amtlichen Genehmigung hervorgerufen werden, während es sich nur um eine Genehmigung der Leitung des Schutzverbandes handelt. Eins dieser radau-antisemitischen Flugblätter hat folgenden Wortlaut:

Genehmigt: Ga/I c. Nr. 157.

Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund.

Arbeiter! Volksgenossen!

Beachtet eins:

Für mehr als 4½ Millionen Mark Kleidungs- und Wäschestücke usf. erhielt nach Mitteilungen in der Nationalversammlung (Drucksachen der Verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung Nr. 1986) allein die jüdische Firma C. Lewin in Breslau, Gartenstraße 8, durch das Reichsverwertungsamt im Monat Oktober 1919 geliefert. Dabei wurden berechnet:

Waffenröcke	das Stück zu	1,— Mark
Tuchhosen	„ „ „	1,— „
Mäntel	„ „ „	2,— „
Bettlaken	„ „ „	2,— „
Bettdeckenbezüge	„ „ „	1,50 „
Decken	„ „ „	3, 4, 5 „
Schürzen	„ „ „	30 Pfg.
Unterhosen	„ „ „	50 „
Hemden	„ „ „	50 „
Handtücher	„ „ „	25 „
Taschentücher	„ „ „	10 „
Halstücher	„ „ „	10 „

So wird das Heeresgut vorzugsweise an Juden verschleudert!

Arbeiter! Deutsche!

Begreift Ihr nun, weshalb die jüdischen Geschäfte mit Waren vollgepropft sind, für die Euch beim Einkaufe Wucherpreise abgenommen werden?

Ihr müßt z. B. für einen Mantel 500 Mark zahlen, den Juden kostet er aber — 2 Mark!

Was sagt Ihr zu dieser schandbaren Judenwirtschaft?

Die Firma Lewin hat daraufhin sofort gegen den deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund Hamburg, den Hauptgeschäftsführer Alfred Roth und die Mitglieder des Beirats Klage erhoben. Aus der Begründung sei folgendes wiedergegeben:

„Den tatsächlichen Kern des Flugblattes bildet die Behauptung, die Klägerin erhalte aus Restbeständen der Heeresverwaltung alte Waffenröcke, Tuchhosen usw. zu überaus niedrigen Preisen verkauft, welche sie mit einem Wuchergewinn weiterverkauft. Jeder Leser muß aus dem Flugblatt entnehmen, daß es sich um gebrauchs-

fertige handle, an welchen die Klägerin vor dem Weiterverkauf keine oder so gut wie keine Arbeiten vornimmt.

In Wahrheit erhält die Klägerin allerdings auf Grund eines Vertrages vom Reichsverwertungsamt aus Heeresbeständen Altmaterial. Aber dieses Altmaterial befindet sich in einem so schlechten und abgenutzten Zustand, daß es als nicht viel mehr wie Lumpen bezeichnet werden kann.

2. Die Klägerin stellt aus diesen abgetragenen, verseuchten, zerrissenen Sachen neue Anzüge für Männer und Frauen her.

3. Diese neuen Sachen verkauft sie zu Preisen, welche ihr von der Behörde auf Grund genauer Kalkulation vorgeschrieben sind, an die Arbeiter in Industrie, Landwirtschaft und Bergbau.

4. Es steht ihr über die von ihr hergestellten neuen Sachen keine freie Verfügung zu, sondern die Abgabe an die arbeitende Bevölkerung wird behördlich kontrolliert.

5. Die Verkaufspreise sind für heutige Zeiten beispiellos billig und weit niedriger als die Arbeitslöhne, welche sonst für die Herstellung billigst konfektionierter Ware gezahlt werden, obgleich doch die Klägerin mit dem Auftrennen, Reinigen und Färben der alten und Zusammensetzen der neuen Sachen weit mehr Arbeit zu leisten hat. So kostet z. B. ein Mantel je nach Beschaffenheit 18—30 Mark.

6. Keine andere Firma und keine amtliche Werkstätte im deutschen Reich hat das Altmaterial in annähernd ebenso ergiebiger und preiswerter Weise verwertet, wie die Klägerin.

7. Der Klägerin ist es gelungen, im Jahre 1919 aus dem ihr überlassenen Altmaterial Berufskleidung für mehrere 100 000 Männer und Frauen herzustellen. Wenn auch natürlich nicht der ganze Mangel an Kleidungsstücken auf diese Art beseitigt werden konnte, so würde es doch ohne die Leistung der Klägerin nicht möglich gewesen sein, den ersten Bedarf der Heeresentlassenen an Zivilkleidung zu befriedigen.

Alles das ist näher geschildert in der der Nationalversammlung vorgelegten Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums, welche meinem heutigen Antrage auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung beiliegt. Besonders sind Seite 5 ff., ferner die Anlagen V, VI, IIX und IX zu vergleichen. Der 20-Ausschuß der deutschen Nationalversammlung hat sich im Februar d. Js. mit der Angelegenheit befaßt. Außer der Denkschrift lagen dem Ausschuß Verträge, Kalkulationen und Aufzeichnungen über die bisherigen Leistungen vor. Der Ausschuß kam zu der einmütigen Auffassung, das Verhältnis zur Klägerin im vollen Umfange aufrecht zu erhalten, da feststehe, daß kein zweites Unternehmen in Deutschland in der Verwertung von Alttextilien so ergiebig und preiswert arbeite; die gegen die Firma gerichteten Angriffe seien unbegründet und völlig unberechtigt. Ein diese Auffassung des Ausschusses wiedergebende amtliche Notiz ist unter dem 14. II. 1920 durch das Wolffsche Telegraphenbüro verbreitet und in den Tageszeitungen vom 15. II. 1920 abgedruckt worden.

III. den Beklagten kann die Prüfung der Frage durch den Ausschuß der Nationalversammlung und das für die Klägerin glänzende Ergebnis nicht unbekannt geblieben sein. Sie wissen auch zweifellos, daß an der Sitzung des Ausschusses Vertreter der rechtsstehenden Parteien, darunter ein antisemitischer, deutschnationaler Abgeordneter teilgenommen haben, sodaß die geschäftlichen Beziehungen der Klägerin zum Verwertungsamt der denkbar schärfsten Nachprüfung unterzogen worden sind. Wenn trotzdem in dem Flugblatt die Wahrheit auf das gröbste entstellt wird, so ist das zweifellos wider besseres Wissen geschehen.

Worauf die Schlußworte: „Deutsches Volk wache endlich auf" hinzielen, wird noch deutlicher durch das mit dem Antrag auf einstweilige Verfügung überreichte „Aufklärungsblatt Nr. 44", welches schließt: „Wer sich klar werden will, wie wir uns vor dem Untergang retten, der lese im Buch Moses nach, wie die Geschichte mit den Aegyptern und Israel weiterging. Er wird nicht zweifels sein, was not tut. Der letzte Satz enthält eine deutliche Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegen die Juden und insbesondere die Klägerin und ihre Inhaber.

Gleichzeitig haben die Beklagten die persönliche und geschäftliche Ehre der Klägerin und ihrer Inhaber untergraben und ihren Kredit schädigen wollen.

Das schlechte Gewissen der Beklagten ergibt sich aus den unlauteren Mitteln, mit denen sie arbeiten. Die Adresse des „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes in Hamburg" wird nur durch Angabe eines Postschließfaches bezeichnet und es fehlt die Angabe einer für das Flugblatt verantwortlichen Person. Ferner trägt das Flugblatt am Kopf den Vermerk:

„Genehmigt: Ga/I c. Nr. 157". Dadurch soll beim Leser der Eindruck erweckt werden, als ob dieses Flugblatt von irgend einer amtlichen Stelle genehmigt sei. In Wirklichkeit handelt es sich nur um eine Genehmigung der Leitung des beklagten Vereins, und das Aktenzeichen ist willkürlich erfunden, um dem unbefangenen Leser eine amtliche Genehmigung vorzutäuschen.

V. Die Beklagten haften also aus §§ 823, 824, 826 B.G.B., 186, 187 St.G.B. der Klägerin auf Schadenersatz. Der Schadensersatz geht nach § 249 B.G.B. auf Herstellung des Zustandes, welcher ohne das zum Schadensersatz verpflichtende Verhalten der Beklagten bestehen würde, in erster Reihe auf Unterlassung der Fortsetzung der unerlaubten Handlung bzw. ihrer Wiederholung. Hierfür würde es sogar genügen, wenn die Beklagten ohne subjektives Verschulden rein objektiv die Rechte der Klägerin verletzt hätten. Vgl. R.G. 60 S. 6 J.W. 15 S. 29 Nr. 13. Die Gefahr der Wiederholung ist durch das planmäßige Vorgehen der Beklagten, die mit ungeheuren Geldmitteln arbeiten, ohne weiteres gegeben.

Zur vollständigen Wiederherstellung nach § 249 gehört die Auskunftserteilung über die Hilfspersonen, deren sich die Beklagten bei der Verbreitung des Flugblattes bedient haben, denn nur dadurch, daß auch gegen diese vorgegangen werden kann, ist der Schutz der Klägerin in wirksamster Weise gesichert.

Wegen des weiteren, z. Zt. noch nicht übersehbaren Schadens wird gemäß § 256 Z.P.O. Feststellung beantragt."

Die in der Begründung erwähnte amtliche Notiz, die durch das Wolff'sche Telegraphenbüro verbreitet wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Das Verhältnis des Reichs zur Firma Lewin in Breslau. Amtlich wird folgende Meldung verbreitet:

Der 20. Ausschuß der Deutschen Nationalversammlung, der zur Ueberwachung der Liquidation der Reichs-Textil-A.-G. und zur Kontrolle der Geschäftsführung der Notstandsversorgungs-Gesellschaft m. b. H. eingesetzt wurde, befaßte sich in den zwei letzten Sitzungen mit dem Verhältnis dieser Gesellschaften zu der so sehr angefeindeten Firma Lewin in Breslau. Es lagen dem Ausschuß vor je eine Denkschrift der beiden Gesellschaften über ihr Verhältnis zu der Firma, sowie Verträge und Gestehungskosten-Rechnungen nebst Aufzeichnungen über die bisherige Leistung. Der Ausschuß kam zu der einmütigen Auffassung, das Verhältnis zu der Firma Lewin in vollem Umfange aufrecht zu erhalten, da feststehe, daß kein zweites Unternehmen in Deutschland in der Verwertung von Alt-Textilien so ergiebig und preiswert arbeite, wie diese Firma. Bei dem ungeheuren Mangel von Textilien müsse auf die bestmöglichste Verwertung der Abfälle geachtet werden, weshalb nicht zu empfehlen sei, der Firma Lewin diese Verwertung zu entziehen. Die gegen die Firma gerichteten Angriffe seien unbegründet und daher völlig unberechtigt."

12. Volkswirtschaftliche Flugblätter des Ausschusses für Volksaufklärung.

Der Ausschuß für Volksaufklärung veröffentlicht ein volkswirtschaftliches Flugblatt Nr. 1, in dem behauptet wird, daß die gesamte Kohlenwirtschaft ausschließlich in jüdischen Händen liegt. Es liegt auf der Hand, daß diese Behauptung dazu benutzt wird, um den Juden alle Mißstände auf diesem Gebiete in die Schuhe zu schieben. Wir werden in allernächster Zeit noch auf das Flugblatt zurückkommen.

13. Verband nationalgesinnter Soldaten.

Der „Verband nationalgesinnter Soldaten — ein Bund mit antisemitischer Tendenz — hat sich vor einigen Monaten in Charlottenburg, Joachimsthalerstr. 7 gebildet. Er verfügt über beträchtliche Mittel und findet für seine Werbung namentlich die Unterstützung reaktionärer Offizierskreise der Reichswehr und der Freiwilligen Truppen.

Der § 2 seiner Satzungen lautet:

Der Verband ist eine politische Organisation. Ziele des Verbandes sind:

1. Sammlung aller national-deutsch empfindenden Elemente deutsch-rassiger Abstammung zur Abwehr der internationalen Bestrebungen, die den Bestand des Deutschen Reiches gefährden können.
2. Propaganda zur Wiederherstellung des Deutschen Reiches in seinen Grenzen und in seiner alten deutschen Weltmachtstellung.

Etwaige Zweifel an der antisemitischen Tendenz des Bundes werden beseitigt durch den Inhalt der vom Verband herausgegebenen Zeitschrift „Deutsches Heer", die von dem bekannten antisemitischen Schriftsteller Dr. Arnold Schley, redigiert wird. Fast jede Nummer dieser Zeitschrift enthält radau-antisemitische Artikel. In den Versammlungen des Bundes spielt der Antisemitismus eine Hauptrolle. Nichtsdestoweniger versucht der Bund, in jüdischen Kreisen finanzielle Unterstützung zu erhalten. Der Centralverein warnt dringend, diesem Verbande irgendwelche Unterstützung zu leihen.

Seit einiger Zeit taucht ein „Nationaler Soldatenbund für heimgekehrte Kriegsgefangene" auf. Es bestehen Zweifel darüber, ob dieser Verband mit dem „Verband nationalgesinnter Soldaten" identisch ist. Ermittelungen in dieser Richtung sind eingeleitet.

14. Die Offenbarungen des Herrn Maurenbrecher.

In Dresden erscheinen unter dem Titel „Glaube und Deutschtum" wöchentliche Broschürchen des deutschnationalen Ageordneten Max Maurenbrecher. Abwechselnd je ein religiöses und ein patriotisches Heft wird ausgeboten. Jede Serie kostet 6 Mark, beide zusammen nur 10 Mark pro Quartal. Und wie immer es in diesen Kreisen üblich ist, beraßt man sich auch mit der Verseuchung der deutschen Rasse durch jüdisches Blut. Den Tropfen jüdischen Blutes, der vor 2 oder 3 Menschenaltern in deutsche Familien kam, soll nicht nachgespürt werden. Aber die völkische Selbstzucht der Jugend erfordere jetzt feste Klarheit des Willens zum Rassenschutz. Wörtlich heißt es:

„Wir müssen dem jungen Mann und dem jungen Mädchen klar zum Bewußtsein bringen, daß in Gegenwart des Juden sie eine körperliche Abneigung überfällt, von deren Ursachen sie sich nicht Rechenschaft zu geben vermögen, in der aber die Stimme des Blutes spricht."

Dazu ein Wort zu sagen, erübrigt sich.

15. Zahlen zur Ostjudenfrage.

Nach Mitteilung des Arbeiterfürsorgeamtes der jüdischen Organisationen betrug Mitte April die Zahl der bisher seit Kriegsschluß in Berlin eingewanderten Ostjuden zirka 25 000. In anderen Großstädten ist diese Zahl erheblich geringer. So sollen in München nur etwa 400 Familien eingewandert sein.

Da neuerdings die Ostjudenfrage besonders im Mittelpunkt des Interesses steht und von antisemitischer Seite ins unendliche übertriebene Zahlen über die Einwanderer verbreitet werden, ist es notwendig, daß überall da, wo diese falschen Angaben auftauchen, sofort eine entsprechende Berichtigung veranlaßt wird.

Verantwortlich: Syndikus Dr. Holländer, Berlin SW 68, Lindenstr. 13 I.
Druck: Ernst Litfaß' Erben, Berlin C 19, Adlerstr. 6